

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Johannes Rau zum 65. Geburtstag von Diether Posser: Weggefährte über eine lange Strecke.

Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB fordert, die Entwicklungspolitik auf eine neue Basis zu stellen: Gesetz über „Nord-Süd-Zusammenarbeit“ erforderlich.

Seite 4

Horst Niggemeier MdB zur Lage im Revier: Bergleute fühlen sich von Bonn verschaukelt.

Seite 5

Dr. Uwe Jens MdB erinnert an Klaus-Dieter Arndt, der am 9. März 60 Jahre geworden wäre: Ein Vordenker, der auch in der Zukunft Vorbild bleiben wird.

Seite 7

42. Jahrgang / 46

9. März 1987

Weggefährte über eine lange Strecke

Diether Posser zum 65. Geburtstag

Von Johannes Rau
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Diether Posser - ein Mann mit bedeutenden Ämtern; Diether Posser - ein Mann strahlender Integrität; jemand, der mehr ist als die Summe seiner Ämter.

Wenn seine Freunde dem Finanzminister des größten Bundeslandes heute zu einem Geburtstag gratulieren wollen, den man zu feiern pflegt, dann können sie seiner nicht habhaft werden: Er ist auf der Reise, auf der Rückreise aus zehn Tagen des Urlaubs und des Entspannens vor schwierigen Haushaltsberatungen in einem Bundesland, das mit Kohle und Stahl seit Jahrzehnten für andere Pflichten übernimmt, oft über seine Kraft hinaus.

Diether Posser, für ein Jahrzehnt Finanzminister in diesem größten Bundesland, ist, so unverwechselbar er selber sein mag und bleiben wird, nicht ohne zwei Männer zu erklären, die seinen Weg mitbestimmt haben:

Gustav Heinemann ist der eine. Diether Posser ist ihm schon begegnet, als er selber noch Konfirmand war. Dann wurde er Schüler, Kollege, Partner, Kampfgefährte und enger Freund. Miteinander haben sie in der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ gearbeitet, miteinander haben sie 1952 - gemeinsam

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtf. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
by Hermann Beyerle
Bielefeld



mit Helene Wessel, Robert Scholl und Adolf Scheu - die Gesamtdeutsche Volkspartei als einen waghalsigen Versuch der Veränderung der Parteienlandschaft ins Werk gesetzt, miteinander sind sie wie Erhard Eppler und ich zur großen politischen Gemeinschaft der SPD gekommen und haben in sie eingebracht, was sie einbringen konnten.

Und das ist heute schon eine Wegstrecke von drei Jahrzehnten, fast ein halbes Leben.

Und da war die Praxis: Das Anwaltsbüro Heinemann/Posser hat, so lange es bestand, für viele Menschen in der Republik mehr Bedeutung gehabt, als sich hinter einem Sozietätsschild verbergen könnte: Da wurde das Recht derer vertreten, die im geistigen und politischen Klima der ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik Deutschland in die Ecke gedrängt, in Verdacht gebracht, um die Verständigung, um ihrer Verständigungsbereitschaft willen diskriminiert wurden. Politische Rechtsprechung, so weit es sie gab, konnte und mußte verändert, konnte und mußte dem Geist dessen nähergebracht werden, was das Grundgesetz sagt und was seine Väter und Mütter gemeint hatten. Wir hoffen, daß Diether Posser eines Tages erzählen, aufschreiben und publizieren wird, wie damals Anwaltschaft nicht nur eigenes Risiko, sondern Veränderung der Wirklichkeit, Verbesserung der Welt sein konnte.

Der andere Name, ohne den Diether Possers politischer Weg nicht zu denken ist, ist der des zehn Jahre älteren Heinz Kühn. Heinz Kühn lernte Diether Posser erst kennen, als der Essener Anwalt nach zwei vergeblichen Versuchen 1966 mit einem Direktmandat in den Landtag kam. Nur zwei Jahre lang war er der „freie“, der verfügbare Abgeordnete. Dann berief Heinz Kühn den Mann, dem er in besonderer Weise vertraute, zum Minister für Bundesangelegenheiten. Vier Jahre lang hat er für sein Land nicht nur die Kohlen aus dem Feuer zu holen, sondern der Kohle ihren Platz zu verschaffen versucht. Aber das Ministerium für Bundesangelegenheiten in Bonn war in jenen aufregenden Jahren neuen Aufbruchs auch die Kanzlei einer Ostpolitik, die versöhnen statt spalten wollte.

Diether Possers unvergeßliche Rede vor dem Bundestag 1972 machte deutlich, wie stark er zu denen gehört hat, die nicht nur forensisch vertreten, was ihnen gut, nötig und überfällig erschien, sondern die es ein Stückchen mitgestaltet hatten.



1972 berief Heinz Kühn Diether Posser in das Amt, das ihm auf den Leib geschrieben schien und das er mit größter Leidenschaft ausfüllte: Er wurde Justizminister in Nordrhein-Westfalen in einer Zeit, in der die erste Welle des Terrorismus nicht nur ihn, sondern unsere Republik schweren Belastungsproben unterwarf. Da galt es Liberalität, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit zu vereinen. Da galt es standzuhalten, Diether Posser hat das getan.

Im Februar 1978 übernahm Diether Posser wohl mehr aus Pflicht als aus Neigung das Finanzministerium, das Heinz Kühn ihm antrug. Er wußte, wie schwer diese Aufgabe sein und werden müsse. Die Einbrüche bei den Steuereinnahmen schienen absehbar, Diether Posser wurde nicht müde, alle, auch die Bonner sozialliberale Koalition jener Jahre, vor den sichtbar werdenden Engpässen zu warnen. Er redete nicht nach dem Mund, weder den Interessengruppen gegenüber noch den Bürgern gegenüber mit ständig neuen Versprechen auf Steuersenkungen bei steigenden Aufgaben. Da stellt sich ein Mann gegen den Strom der öffentlichen, der veröffentlichten Meinung, da setzt ein Mann mit Tatkraft und mit Fantasie Konsolidierungspolitik fort, ohne sich Feinde zu schaffen. Jahrelang hat er die fortdauernde Benachteiligung seines Bundeslandes in das Bewußtsein aller gebracht. Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht ihm Recht gegeben.

Vor mehr als acht Jahren waren die Partner und Freunde Diether Posser und Johannes Rau Konkurrenten, nicht Gegner. Gleichzeitig bewarben wir uns um die Nachfolge Heinz Kühns im Amt des Ministerpräsidenten. Ich gewann knapp, aber ich verlor keinen Freund. Wir waren einander mit Fairness begegnet, wir bleiben Freunde nicht nur in Worten. Diether Posser akzeptierte das Ergebnis ohne Vorbehalt. 1980 wurde er mein Stellvertreter im Amt des Ministerpräsidenten. Ich kann mir keinen besseren vorstellen.

Diether Posser, einer der Wegbereiter und Brückenbauer von der GVP zur großen Volkspartei, der SPD; Diether Posser, der seit fast fünfzehn Jahren der Vorsitzende des Finanzausschusses im Bundesrat und der Vorsitzende der Konferenz der Finanzminister ist, ein Politiker der Glaubwürdigkeit und der Genauigkeit, zugleich ein erzählerisches Talent und ein Mann voll geistvollen Witzes - ihn grüßen heute viele politische Weggefährten, gewiß auch politische Gegner voller Respekt. Kameraderie war seine Sache nie. Aber zur Freundschaft und zur Hingabe ist er fähig. Mag er sich aus Gremien allmählich verabschieden (allein sechzehn Jahre lang war er Mitglied des Parteivorstandes und höchste Stimmzahlen auf den Wahlparteitagen bewiesen seine Wertschätzung): Die SPD braucht seinen Rat und seine Mithilfe noch lange.

(-/9.3.1987/rs/ks)

Die Entwicklungspolitik auf eine neue Basis stellen**Plädoyer für ein „Gesetz über die Nord-Süd-Zusammenarbeit“**

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Auf der Eröffnungsveranstaltung der Fastenwoche Misereor 1987 schrieb gestern Bundespräsident Richard von Weizsäcker der Regierung entwicklungspolitische Leitsätze ins Stammbuch. Er betonte unter anderem, daß staatliche Entwicklungspolitik weder ein geeignetes Mittel für ideologische Kreuzzüge in der Dritten Welt noch ein vorrangiges Instrument für die Arbeitsmarktpolitik zu Hause sei.

Damit erteilt der Bundespräsident dem Freund/Feind-Denken und der Übertragung des Ost-West-Konfliktes auf die Entwicklungsländer eine deutliche Absage. Daß die Vergabe von deutscher Entwicklungshilfe immer mehr an Lieferungen aus der Bundesrepublik geknüpft wird, war bereits vor einigen Tagen deutlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung beklagt worden. Nach seiner Auffassung sind Lieferbedingungen abzulehnen, weil sich damit durch Umgehung des Wettbewerbs ein Verteuerungseffekt ergebe, der die Effizienz der Hilfe im Empfängerland mindere. Außerdem verlangsamten Lieferbedingungen - wie andere protektionistische Maßnahmen - im Geberland den ökonomisch sinnvollen Strukturwandel hin zu international wettbewerbsfähiger Produktion. Lieferbedingungen schadeten deshalb letztlich mehr den Interessen der stark exportabhängigen deutschen Wirtschaft. Diese Erkenntnisse wie die mahnenden Worte des Bundespräsidenten haben sich nur noch nicht bei der Leitung des zuständigen Ministeriums herumgesprochen.

Weil sich die Entwicklungspolitik der Bundesregierung auf Abwegen befindet, ist der Bundestag zum Handeln aufgefordert. Wenn wir Parlamentarier in dieser Legislaturperiode die Entwicklungspolitik von verhängnisvollen Wegen wegführen und ihr erkennbar neue Impulse geben wollen, dann müssen wir eine neue Basis für eine Zusammenarbeit zwischen Parlament und Bundesregierung herstellen. Eine solche Basis könnte ein „Gesetz über die Nord-Süd-Zusammenarbeit“ sein. Es sollte Grundsätze, Ziele und Inhalte unserer Nord-Süd-Zusammenarbeit sowie die bei ihrer Durchführung geltenden Prinzipien festlegen. Dieses Gesetz könnte auch definieren, welche parlamentarische Beteiligung nötig ist, um die Tätigkeit von Bundesregierung und Verwaltung innerhalb eines vorgegebenen Rahmens zu verfolgen und zu kontrollieren. Dieses Gesetz sollte sich nicht nur auf die enge entwicklungspolitische Zusammenarbeit beziehen, sondern auch darüber hinausgehende Aussagen zum Nord-Süd-Ausgleich beinhalten, so zum Beispiel zur Außenwirtschafts- und Währungspolitik, zum Bereich Rüstung und Entwicklung, zur Agrarpolitik und zur Verschuldung der Dritten Welt.

Ein solches Gesetz müßte verdeutlichen, daß die Bundesrepublik Nord-Süd-Politik als einen Beitrag zur Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität begreift und dabei primär die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der Dritten Welt zum Ziel hat. (-/9.3.1987/rs/ks)

* * *



Bergleute fühlen sich von Bonn verschaukelt

Die Koalitionsabsprachen zum Thema Kohle nehmen sich eher experimentell aus

Von Horst Niggemeier MdB
Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Recklinghausen

Aus Europas größter Bergbaustadt, dem westfälischen Herten (68.004 Einwohner) im Kreis Recklinghausen, ist kühle Kunde ins Kanzleramt gelangt. Dort, wo noch 12.000 Bergleute auf drei fördernden Schachtanlagen im Jahr rund 7,5 Millionen Tonnen Steinkohle fördern, haben die Bergbau-Betriebsräte die Arbeitsplatzsorgen ihrer Belegschaften per Brief an den Bundeskanzler weitergeleitet.

Anlaß zu dieser Intervention gaben für die Betriebsräte „die verwirrenden Meldungen aus den Bonner Koalitionsverhandlungen, wonach das bisher stabile Standbein der Kohleverstromung durch Veränderungen bei der Ausgleichsabgabe (Kohlepfennig) entscheidend geschwächt werden soll“.

Es ist aber nicht nur das Herummanipulieren der Koalitionäre an dem „Kohlepfennig“, was die Betriebsräte zur Feder greifen ließ. Gefahr für die deutsche Steinkohle droht auch durch die Stahlkrise, die zu einer weiteren Verminderung des Kohleabsatzes führen wird. Wenn dazu noch der von CSU/FDP/CDU beschlossene ersatzlose Wegfall der Kokscohlenbeihilfe für Lieferungen in die EG-Staaten ab 1988 erfolgt, dann ist das „Szenario der Hoffnungslosigkeit“ für die deutsche Kohle perfekt.

Vor diesem dramatischen Hintergrund kann es nicht überraschen, wenn die Betriebsräte dem Kanzler die Stimmung unter den Bergleuten mit der Feststellung schildern: „Nach der Wahl sollen wir Bergleute verschaukelt werden.“

Warum sich solche Gedanken unter den Bergleuten breit machen, war in einem Kommentar der in Essen erscheinenden „Neuen Ruhr-Zeitung“ (NRZ) Ende Februar bereits in wohlgesetzten Worten nachzulesen:

„An Rhein und Ruhr ist noch in sehr guter Erinnerung, wie Kanzler Kohl vor der Wahl höchstpersönlich in den Pütt einfuhr, um keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit seiner Hilfsversprechungen aufkommen zu lassen.“

Nach alledem, was in den Koalitionsabsprachen festgeschrieben wurde, sind die „Zweifel an der Glaubwürdigkeit seiner Hilfsversprechungen“ in den deutschen Kohlerevieren nicht geringer geworden. Und wenn zudem noch die Gerüchte stimmen sollten, daß durch den Entzug von staatlichen Kohlebeihilfen schon bald 20.000 Bergleute den Laufpaß erhalten sollen, dann wird es vollends duster in den Kohlerevieren. Dann kommen zu den Arbeitsplatzverlusten noch die davon betroffenen Kommunen und ihr Umfeld mit ihren dadurch entstehenden Problemen.

Die Arbeitslosenquoten in den typischen Bergbau-Städten an der Ruhr zum Beispiel sind ohnehin schon jetzt überdurchschnittlich hoch, so unter anderem in Gelsenkirchen 17,4 Prozent, Bottrop 15,1, Dorsten 14,9, Herten 14,4, Marl 13,4, Recklinghausen 13,3.

Unter dem Strich ist es eine selbstbetrügerische Mär, wenn angenommen wird, daß es durch die Kappung der bisherigen Kohlebeihilfen zu volkswirtschaftlichen Vorteilen kommen könnte. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Das läßt sich aus einem vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Anfang 1985 vorgelegten Gutachten über die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der deutschen Steinkohle in groben Zügen ableiten.

Wenn es zu dem unterstellten Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen kommen sollte, dann bedeutet das einschließlich der Sekundärwirkungen in den vor- und nachgeschalteten Wirtschaftszweigen unter anderem:

- Verlust von weiteren 26.000 Arbeitsplätzen in den dem Bergbau vor- und nachgeschalteten Wirtschaftszweigen.
- Ein jährlicher Verlust an Produktionswert durch Belegschaftsabbau von sechs Milliarden Mark tritt ein.
- Es stehen 1,2 Milliarden Mark weniger Kaufkraft zur Verfügung.
- An Abgaben (Steuern, Sozialversicherung, Mehrwertsteuer) ist ein Minus von 1,3 Milliarden Mark zu verbuchen.
- Bezogen auf Importkohle entfällt eine Devisenersparnis von 1,4 Milliarden Mark.

Da sich diese Auswirkungen in relativ eng begrenzten Regionen ergeben, bedarf es nur einer mäßig entwickelten Phantasie, um sich die verheerenden Auswirkungen in den jeweiligen Kommunen vorzustellen. Ein Blick nach Castrop-Rauxel, die Stadt, in der 1983 die letzte Zeche am Ort stillgelegt wurde, genügt:

Dort beträgt die Arbeitslosenquote inzwischen glatte 19 Prozent - eine tragische Spitzenposition unter den Revierstädten. Daß sich da jetzt Proteststimmung unter den Bergleuten in den deutschen Kohlerevieren entwickelt hat, war unschwer vorauszusehen; daß in diesem Zusammenhang neben der sozial- und regionalpolitischen Problematik des veränderten Kohlekurses der Kohl-Regierung auch noch die offene energiepolitische Flanke zum Nachteil der rohstoffarmen Bundesrepublik zu beachten ist, sei der Vollständigkeit halber ebenfalls erwähnt: Ein weiteres Schrumpfen der deutschen Kohleförderung wäre die wissentliche Preisgabe eines wichtigen Stücks eigener Sicherheit in der Energieversorgung.

Die immer noch freundlich klingende Mahnung der Betriebsräte aus dem größten Kohlezentrum Europas in Herten an den Adenauer-Enkel im Bundeskanzleramt entbehrt nicht einer plastischen Pikanterie:

„Seit Konrad Adenauer kennen wir den Spruch ‚Keine Experimente‘. Angewandt auf die Gegenwart des deutschen Bergbaus möchten wir Ihnen sagen, daß die heimische Kohle politisch nicht kaputtexperimentiert werden darf.“

Es ist nach alledem, was die Koalitionsverhandlungen ergeben haben, nicht anzunehmen, daß diese Mahnung der Bergleute gehört wird. Die Koalitionsabsprachen zum Thema deutsche Kohle lassen eher vermuten, daß sich die neue Regierung in der Kohlepolitik als Experimental-Kabinett darstellen wird. In der Steuerpolitik ist das ja schon mit den ungedeckten Schecks auf die Unfinanzierbarkeit der von der Koalition verabredeten Steuerpläne gelungen. (-/9.3.1987/rs/ks)

* * *



Erinnerung an einen Vordenker, der auch in Zukunft Vorbild sein wird

Klaus-Dieter Arndt wäre am 9. März 60 Jahre geworden

Von Dr. Uwe Jens MdB
Vorsitzender der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung

Am 9. März wäre Klaus-Dieter Arndt 60 Jahre alt geworden. Es ist jetzt 13 Jahre her, daß er - viel zu früh - 46 Jahre alt starb. Heute wissen wir, daß es richtig war, was viele damals voraussagten: Sein Name und sein Ansehen sind in diesen 13 Jahren unverändert in bester Erinnerung geblieben. Er wird uns auch in Zukunft ein wichtiges Vorbild sein.

Viele herausragende Funktionen in der Wissenschaft und in der Politik hat Klaus-Dieter Arndt innegehabt und mit der ihm eigenen Art wahrgenommen.

Seit 1950 war er beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin tätig und wurde 1968 Präsident dieses angesehenen Forschungsinstituts. Er hat in seiner politischen Entwicklung nie die wissenschaftliche Arbeit und die wirtschaftswissenschaftliche Denkweise vernachlässigt oder verleugnet. Klaus-Dieter Arndt war nicht nur ein bedeutender Wissenschaftler sondern auch ein hervorragender Wirtschaftspolitiker.

Von 1963 an war er Parlamentarier: zuerst Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin, ab 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages und ab 1971 Mitglied des Europäischen Parlamentes. Als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft unter Karl Schiller hatte er von 1967 bis 1970 auch die Möglichkeit, sein Wissen und seine Erfahrung in der Regierungstätigkeit zu nutzen und die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik mit zu gestalten.

Die verschiedenen Abschnitte seines beruflichen Lebens beweisen, daß es nicht ausgeschlossen ist, wissenschaftliche und politische Denkweisen zu verbinden, daß es in der Ökonomie keinen natürlichen Gegensatz zwischen Wissenschaft und Politik gibt. Sicher ist eine besondere Begabung dazu erforderlich, das in die Politik umsetzen zu können, was in wissenschaftlich nüchterner Analyse erdacht worden ist. Klaus-Dieter Arndt hatte diese Begabung in ganz ausgeprägter Form. Er war deshalb - wie Alex Möller es einmal ausgedrückt hat - weder mit dem Prädikat „politisch engagierter Wissenschaftler“ noch mit der Einstufung „wissenschaftlich orientierter Politiker“ hinreichend zu charakterisieren. Seine wissenschaftliche Potenz und seine wirtschaftspolitische Kompetenz legten ihm eine doppelte Verantwortung auf, die er souverän bewältigte.



Es waren seinerzeit Höhepunkte des Deutschen Bundestages, wenn Klaus-Dieter Arndt bei wirtschaftspolitischen Themen das Wort nahm. Er zwang durch die Klarheit, Nüchternheit und Stringenz seiner Ausführungen sowohl seine politischen Freunde als auch seine politischen Gegner zum Zuhören und zum Nachdenken. Arndt hat es sich aber auch nie leicht gemacht, wenn er sich im Parlament zu Wort meldete, oder wenn die sozialdemokratische Fraktion ihn bat, das Wort zu nehmen. Er war ein klarer Vordenker und wenn er sprach, hatte er etwas zu sagen. Er löste bewußt Diskussionen aus, legte seinen Standpunkt unmißverständlich dar und trieb wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen voran. Sein Bekenntnis zur marktwirtschaftlichen Ordnung war immer mehr als ein Lippenbekenntnis. Er befürwortete eine dezentrale marktwirtschaftliche Ordnung, die gleichzeitig ihrer grundgesetzlich verankerten sozialen Verpflichtung gerecht werden sollte.

Die Verbindung von Stabilitätspolitik und von verstetigender Wachstumspolitik war für ihn keine Modeerscheinung, sondern eine ständige wirtschaftspolitische Aufgabe. Ich bin sicher, daß er sich heute nicht in die Schubladen Nachfragepolitiker oder Angebotspolitiker einordnen ließe. Für ihn bestand der Markt aus beidem: Angebot und Nachfrage. Aber Wirtschaft und Wirtschaftspolitik waren für ihn nicht Selbstzweck, dazu war seine soziale Verpflichtung viel zu tief verwurzelt. In der ihm eigenen klaren Sprache, die der Geradlinigkeit seines Denkens entsprach, drückte er dies einmal so aus:

„Wirtschaftspolitische Ziele sind nicht letzte Ziele, und Wachstum, Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung sind selbst nur Teile eines Ganzen. Sie sind Voraussetzungen für das Hauptziel, nämlich die Sicherung und den Ausbau der freiheitlichen sozialen Ordnung. Fester Bestandteil dieser Ordnung ist die Marktwirtschaft. Denn Marktwirtschaft heißt Dezentralisierung der Entscheidungsmacht über Arbeitsplätze, über Löhne, über Aufträge und Preise.“

Klaus-Dieter Arndt hat oft die Meinungsbildung in dieser Bundesrepublik während seines Lebens mit beeinflußt. Er hatte den Mut, für die freiheitliche Ordnung der Marktwirtschaft einzutreten, weil ihn das wissenschaftliche und politische Verantwortungsbewußtsein dazu zwang. Dies sollte uns auch heute eine Verpflichtung sein. (-/9.3.1987/rs/ks)

* * *

